

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Ferienstr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Ersden 1530,  
Stroffler:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 275.

Donnerstag, 26. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wintereins von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beschreibungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Stimmungsbild aus dem Preuß. Landtag.

Kampf um den Präsidentenstuhl.

Berlin. Der Preussische Landtag wollte sich am Mittwoch an Stelle des verstorbenen Präsidenten Bartels einen neuen Präsidenten wählen. Gegen den Sozialdemokraten Leinert, der schon einmal dieses Amt bekleidet hat und der jetzt von seiner Fraktion wieder vorgeschlagen wird, machten sich jedoch bei anderen Parteien beständige Widerstände geltend. Man munkelte sogar, zwei Fraktionen hätten die Absicht, im Falle der Wahl Leinerts ihre Vizepräsidenten zurückzuziehen. Um Zeit für Ausgleichsverhandlungen zu gewinnen, beantragte daher Dr. Wrah vom Zentrum sofort die Vertagung der Wahl. Nur die Kommunisten hielten es für nötig, diesen Vorschlag zu bekämpfen. Sie schlugen ihren Freund Kasper unter großer Heiterkeit des voll besetzten Hauses zum Präsidenten vor. Die Mehrheit war jedoch für Vertagung. Man hofft, daß die Verhandlungen hinter den Kulissen bis zum Freitag beendigt sein werden und daß dann die Wahl erfolgen kann. Mit 184 Stimmen bei 9 Enthaltungen der Linksparteien wurde ein auf die Initiative der Deutschen Fraktion zurückgehender Antrag des Hauptauschusses angenommen, der eine Revision des Youngplans mit dem Ziel der Einstellung aller Reparationszahlungen verlangt. Auch Zentrum und Staatspartei konnten diesem Antrage zustimmen, da er in der Richtung der Politik der Reichsregierung liegt.

Lang und zum Teil recht scharfe Auseinandersetzungen gab es bei der Debatte über das deutsch-nationale Misstrauensvotum gegen Außenminister Grimme. Der Abg. Delze begründete den Misstrauensantrag mit den tiefgehenden Sparmaßnahmen im Schulwesen, mit angeblich einseitiger Personalpolitik und unzureichender Wahrnehmung der deutschen Interessen bei Behandlung des Minderheiten-Schulwesens durch den Kultusminister. Die preussische Notverordnung bezeichnete er als ungesetzlich; er erhofft vom Reichsgericht ihre Aufhebung. Delzes Parteifreund Dr. Hoffmann-Münster begründete sein Misstrauen gegen Grimme besonders mit dem Fall Dehn in Halle, für den er den Minister allein verantwortlich machte. Grimme hätte sich sagen müssen, daß die Berufung Dehns einen Sturm der Entrüstung herausbeschwören würde. Darauf erwiderte der Sozialdemokrat Müller-Halle, es handle sich nur um eine Hebe gegen Dehn, gegen den man in Magdeburg a. S. nichts auszufahren gehabt habe. — In einer groß angelegten Rede brachte Dr. Kauscher vom Zentrum volles Verständnis für die außerordentliche Zwangslage auf, in der sich die Staatsregierung bei der schlechten Finanzlage befindet. Auch er äußerte jedoch Bedenken gegen die mechanische Regelung beim Abbau im Volksschulwesen und forderte, daß an der konfessionellen Schule festgehalten werde. Im übrigen lehnte Dr. Kauscher aber das Misstrauensvotum ebenso ab, wie nach ihm der Sozialdemokrat König-Potsdam und Dr. Rohner von der Staatspartei. Für den deutsch-nationalen Misstrauens-Antrag setzten sich die Abg. Müller-Herrnagen von der Deutschen Fraktion und Dr. Ausländer von den Kommunisten ein, dieser lehnte jedoch mit anderer Begründung. Die Abstimmung wurde für Freitag in Aussicht genommen.

Schließlich nahm der Landtag noch die neue Geschäftsordnung in Angriff. Die Begründung für den vom Ausschuss vorgelegten Entwurf gab der Präsidentschaftskandidat Leinert. Die wichtigsten Neuerungen der Vorlage sind die Ausdehnung der scharfen Ordnungsbestimmungen auch auf die Ausschüsse und die Einschränkung der namentlichen Abstimmungen. Hauptächlich gegen diese Bestimmungen wandte sich der Volksparteier Dr. Boehm.

## Verbot des nat.-soz. Parlamentsdienstes.

Berlin. (Funktspruch.) Der Polizeipräsident hat den nat.-soz. Parlamentsdienst mit sofortiger Wirkung bis zum 24. Februar 1932 verboten. Das Verbot erfolgte wegen einer in der Ausgabe vom 23. d. M. unter der Überschrift „Noch immer Ausnahmestimmungen gegen die NSDAP.“ veröffentlichten kleinen Anfrage des Abg. Kube. Die Veröffentlichung dieser Anfrage stelle, wie es in der Begründung heißt, den Versuch einer terroristischen Verleumdungspolitik in der Beamenschaft dar. Sie verfolge den Zweck, die mit dem Volksgesetz von Gesetzen und Verordnungen besetzten Beamten in ihrer Tätigkeit durch die Androhung von Uebeln und durch das bei den Lesern des Artikels geweckte Misstrauen und Feindschaftsgefühl zu hemmen und zu hindern.

## Die Teilung des Generals von Mudra.

Schwerin. Am Mittwoch fand die Beisehung des am Sonnabend verstorbenen Generals der Infanterie von Mudra unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt. Hinter der Mulkapelle folgten eine Fahnenkompagnie, ein Infanteriebataillon, eine Maschinengewehrabteilung, eine Minenwerferkompagnie und eine Batterie des Artillerieregiments Nr. 2, dann folgte der Sarg auf der Lafette. Der Sarg wurde durch den Aug. Im Krematorium des städtischen Friedhofs fand die Beisehung statt. Als sich der Sarg senkte, wurden drei Ehrensalven abgegeben.

## Beginn der Pariser Abrüstungsfundgebung.

Eine Rede der deutschen Delegierten Frau Dr. Lüders.

Paris. (Funktspruch.) Der Internationale Kongress für die moralische Vorbereitung der Abrüstung, an dem 600 Delegierte aus 17 Ländern teilnehmen, wurde heute vormittag mit einer Sitzung eröffnet, die der Frage galt: Warum abrüsten? Die deutsche Delegierte Frau Dr. Lüders richtete einen eindringlichen Appell an die Frauen der ganzen Welt, mitzuwirken bei der Befestigung des Vertrauens zum Frieden und des Glaubens an den Frieden, ohne die eine Wiederholung der Weltkatastrophen nicht verhindert werden kann. Solange die Völker sich schwerbewaffnet und mißtraulich gegenüberstehen, sei eine friedliche Entwicklung nicht zu schaffen. Vertrauen und Offenheit seien die besten Waffen des Friedens. Wie können aber diese Waffen zur Wirksamkeit gelangen, ohne eine Gerechtigkeit, die endlich mit den moralischen Verdächtigungen ein Ende macht, mit denen man ganze Völker belastet hat? Diese Verdächtigungen sind nicht nur ein Schlag ins Gesicht der historischen Wahrheit, sie stellen auch einen Hauptgrund für die Unruhe und

Verzweiflung dar, die die Grundlage der internationalen Gemeinschaft bedroht. Verständnis und Achtung, freiwilliger Verzicht nicht nur auf das Recht des Stärkeren, sondern auch auf den moralischen Zwang, den man auf ein Volk ausgeübt hat, sind unerlässliche Voraussetzungen einer friedlichen und vertrauensvollen Gemeinschaft der Völker. Zur Verwirklichung dieser Voraussetzung eines Friedens, der nur durch Abrüstung bleiben kann, einer Friedensordnung, die in der Gleichheit der Rechte und der freien Selbstbestimmung aller Völker ihren höchsten Ausdruck findet, sind ganz besonders die Frauen berufen. Sie müssen ihre Stimme in allen Staaten erheben, um den Staatsmännern, die noch unentschieden zweifeln und den Volkswirteilungen, die noch angähtliche Berechnungen anstellen, zu verstehen zu geben, daß ohne Vertrauen kein Frieden bestehen kann. Die Frauen fordern darum die Abrüstung, nicht aus überflüssiger Sentimentalität, sondern aus der bitteren und grausamen Erfahrung der Vergangenheit, die sie gemacht haben.

## Große Aktion gegen die heffischen Nationalsozialisten.

Material über NSDAP dem Oberreichsanwalt zugeleitet.

Wie mitgeteilt wird, haben das Preussische und das Hessische Innenministerium dem Oberreichsanwalt ein Dokument und Beweisangaben über seine Schtheit zugeleitet, das von führenden Kreisen der Nationalsozialistischen Partei in Hessen aufgestellt worden sein soll. Nach den Vorermittlungen wird die Entstehungsgeschichte des Dokuments dahin erläutert, daß Mitte September eine geheime Besprechung auf dem Boshelmer Hof bei Campertheim (Hessen) stattfand, an der die nationalsozialistischen Führer und jetzigen heffischen Landtagsabgeordneten Hauptmann a. D. Waffung, Dr. Wagner, der Wirtschaftreferent Dr. Schäfer, Kapitänleutnant a. D. von Davidsohn und der Privatsekretär des Gauleiters von Hessen, Slavilnoga, teilgenommen hätten.

Das Dokument sei benannt als „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der leitenden obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune (Kommunisten, Marxisten usw. Die Red.). Der Entwurf enthalte genaueste Anordnungen an die Bevölkerung, deren Nichtbefolgung mit dem Tod bestraft werde. Das Dokument sei vom Abgeordneten Dr. Schäfer dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. überreicht worden, weil dieser Abgeordnete, der inzwischen mit der NSDAP in Differenzen geraten sei, in ihm illegale Bestrebungen erblicke, die er mit seinem Gewissen nicht habe vereinbaren können.

## Hausdurchsuchungen bei der heffischen NSDAP.

Darmstadt. Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts fanden in Hessen gestern Hausdurchsuchungen bei nationalsozialistischen Führern statt, so im Darmstädter „Braunen Haus“, der heffischen Gaugeschäftsstelle, ferner in den Wohnungen der Sturmführer Hauptmann a. D. Waffung, Darmstadt, des Gerichtsassessors Dr. Velt, Amtsanwalt in Alzen, bei dem Landwirt Dr. Wagner, Borsheimer Hof bei Buerstadt, und bei Kapitänleutnant a. D. von Davidsohn, Darmstadt. Die Hausdurchsuchungen erfolgten wegen des dringenden Verdachtes der Vorbereitung zum Hochverrat in der Leitung der NSDAP, Gau Hessen. Die Hausdurchsuchungen sind seit 4 1/2 Uhr nachmittags im Gange.

Darmstadt. Zu den Hausdurchsuchungen bei heffischen nationalsozialistischen Führern wird gemeldet: Gestern abend erschienen vor dem „Braunen Haus“ in Darmstadt etwa 40 Kriminalbeamte, zum Teil von auswärtig. Sie umstellten das Erich Post-Haus und riegelten es nach allen Seiten ab, worauf dann eine eingehende Untersuchung aller Behältnisse im ganzen Hause vorgenommen wurde. Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß der Verdacht auch nicht die geringste Befestigung für den gedrückten Verdacht in die Hände gefallen sein könne. Beschlagnahmen seien nicht erfolgt. Man vermute, daß der Hintergrund der Aktion auf eine Denunziation zurückzuführen sei. Die Nationalsozialisten duldeten innerhalb ihrer Führung keinerlei hochverräterische Bestrebungen.

Das „Darmstädter Tageblatt“ zu den Enthüllungen.

Darmstadt. Zu den Enthüllungen über das nationalsozialistische Manifest, das von preussischer Regierungsseite aus verbreitet worden ist, schreibt das „Darmstädter

Tageblatt“: Ob es sich bei den ganzen Vorgängen tatsächlich um eine Vorbereitung hochverräterischer Unternehmen gehandelt hat, oder ob es sich auf Seiten der heffischen und der preussischen Regierung lediglich um eine „große Aktion“ mit recht durchsichtigen politischen Zielen handelt, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Man wird zunächst abwarten müssen, inwieweit das Ergebnis der Hausdurchsuchungen derartige Maßnahmen rechtfertigt. Auch hinsichtlich des geheimnisvollen Manifestes möchten wir zunächst den Nachweis der Echtheit abwarten. Sollte dieser allerdings erbracht werden, so würde der Inhalt des Schriftstückes ein immerhin recht eigenartiges Licht auf die Pläne unserer heffischen Nationalsozialisten werfen.

## Ämtliche Darstellung

über das Ergebnis der Hausdurchsuchungen in Hessen.

Darmstadt. (Funktspruch.) Ämtlich wird mitgeteilt: Die gestern nachmittags bei verschiedenen führenden Persönlichkeiten der NSDAP, Gau Hessen, durchgeführten Hausdurchsuchungen, die sich auf die Nachprüfung der in den Besitz des Oberreichsanwalts gelangten Notverordnungen der illegalen nationalsozialistischen Regierung und andere Schriftstücke erstreckten, haben in vollem Umfange zum Erlöse geführt. Die Echtheit der Dokumente steht nunmehr ebenso außer allen Zweifel wie die Tatsache ihrer Abfassung durch Gerichtsassessor Dr. Velt und Komplizen.

## Erläuterung der NSDAP.-Parteilieferung.

München. (Funktspruch.) Die Pressestelle der Reichsparteileitung der NSDAP, erklärt zu der Angelegenheit der gestern im Braunen Haus in Darmstadt vorgenommenen Hausdurchsuchung, es handele sich, wenn wirklich belastendes Material gefunden worden sei, um Fälschungen, jedenfalls um Dinge, mit denen die Partei nichts zu tun habe, von denen sie keine Kenntnis gehabt habe, die sie aber auch für ausgeschlossen halte. Eine eingehendere Stellungnahme der Parteileitung sei erst möglich, wenn ihr selbst die bis jetzt noch fehlenden Unterlagen vorliegen. Diese Stellungnahme der Parteileitung sei noch im Laufe des heutigen Vormittags zu erwarten. Am Schluß der Erklärung wird — wie bei früheren Gelegenheiten — nochmals betont, daß jedes Parteimitglied, das sich mit illegalen Dingen beschäftigt, aus der Partei ausgeschlossen werde.

## Der Oberreichsanwalt zu den Hausdurchsuchungen in Hessen.

Leipzig. (Funktspruch.) Wie vom Oberreichsanwalt zu den Hausdurchsuchungen in Hessen mitgeteilt wird, sind diese nicht auf seine Veranlassung erfolgt. Im übrigen wird vom Oberreichsanwalt erklärt, ob es sich tatsächlich um ein hochverräterisches Unternehmen handele, lasse sich noch nicht überblicken. Auf jeden Fall bedürfe die ganze Angelegenheit noch der eingehenden Prüfung und Klärung. Im jetzigen Augenblick sei sie zur Erörterung in der Öffentlichkeit im Interesse der Untersuchung noch nicht reif.

Wie wir weiter erfahren, ist Dr. Schäfer auf Veranlassung des Oberreichsanwaltes heute vormittag bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig erschienen, um ihr vernommen zu werden.